

Schuljahr
2016/17

An die Schuldirektion

das Gesuch ist innerhalb **15. März 2016** im
Sekretariat der zuständigen Schule abzugeben

ANSUCHEN UM SCHÜLERTRANSPORT MITTELS SONDERDIENST

BESTÄTIGUNG des Antrags für den Sonderdienst gemäß den im laufenden Schuljahr
2015/16 genehmigten Schülerbeförderungsdienst

Schüler/in

Vorname

Nachname

Steuernummer

im Schuljahr 2016/17 in die**Klasse** dieser Schule eingeschrieben

Erziehungsberechtigte/r

Vorname

Nachname

geboren am / / in

wohnhaft in

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Gemeinde

Telefon Nr. und E-Mail

Steuernummer

Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des Schüler-Sondertransportes sind:

- 2 km Mindestentfernung vom Wohnort zur Schule oder zu einer Anschlussstelle eines öffentlichen Dienstes (Linie) für Schülerinnen und Schüler der Grundschulen; Mindestschüleranzahl: 2
- 2,5 km für Sekundarschülerinnen und -schüler und Berufsschülerinnen und -schüler; Mindestschüleranzahl 4
- 2 km für Sekundarschülerinnen und -schüler I. Grades (Mittelschüler), die über 1300 m Meereshöhe wohnhaft sind; Mindestschüleranzahl: 2

Aufklärung zum Datenschutz: Laut Art. 13 des Gesetzbuches über die Privacy informieren wir Sie, dass die mit vorliegendem Gesuchsformular übermittelten Daten in digitaler Form verarbeitet werden. Das Personal der betreffenden Schule stellt die Daten der SAD-Nahverkehr AG, der Landesabteilung für Mobilität und der Landesabteilung für Bildungsförderung zur Verfügung. Wenn die Pflichtfelder im Gesuchsformular nicht ausgefüllt werden, kann dem Antrag nicht stattgegeben werden. Ihnen stehen die Rechte nach Art. 7 des Gesetzbuches zu, das heißt, Sie können sich zu Ihren Daten Zugang verschaffen, um deren Korrektur, Ergänzung und Löschung zu verlangen, wenn diese unvollständig, falsch oder unrechtmäßig erhoben worden sind, sowie die Verarbeitung verweigern, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Rechtsinhaber für die Verarbeitung der Daten ist die SAD-Nahverkehr AG, mit Sitz in Bozen, Italienallee 13/N.

Falscherklärungen: Der/Die Unterfertigte ist sich bewusst, dass Falscherklärungen sowohl strafrechtliche Folgen gemäß Artikel 76 des DPR vom 28.12.2000, Nr. 445, als auch wirtschaftliche Folgen gemäß Artikel 2bis des Landesgesetzes vom 22.10.1993, Nr. 17 haben können.

Datum

Unterschrift des/der Antragstellers/in